

Der Industriestandort Deutschland im Jahr 2011 aus der Sicht nordrhein- westfälischer Industrieunternehmen

Ergebnisse einer Umfrage bei 180 Industrieunternehmen in NRW im Frühsommer 2011

Inhaltsverzeichnis



3 Das Wichtigste in Kürze

4 1. Das Gesamturteil: Politik der Bundesregierung soeben noch unterstützend für die Industrie

4 2. Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland mit Licht und Schatten

4 **Standortstärken:** Qualität der Fachkräfte, Sozialer Friede, Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen bzw. Dienstleistern vor Ort

5 **Standortschwächen:** Akzeptanz von Großvorhaben, Steuern und Abgaben und Energiekosten

5 **Standortvorteile:** IT-Infrastruktur, Verkehrsinfrastruktur, Vernetzung Forschung/Hochschulen mit Unternehmen

6 3. Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit: Was die Industrieunternehmen tun

6 Industrieunternehmen konzentrieren sich auf Mitarbeiterqualifikation, neue Absatzregionen, Energie- und Ressourceneffizienz und neue Beschaffungsregionen

7 Tendenzen über Produktionsverlagerungen in das In- und Ausland steigend, allerdings stehen sie bei den meisten Industrieunternehmen derzeit nicht im Fokus

8 Demografischer Wandel: Mehr Ausbildung, Mitarbeiter binden, Gesundheit fördern und Studierende umwerben

8 Keine Ausrichtung der Produktpalette auf Ältere und keine Anwerbung ausländischer Fachkräfte

9 Energie, Klimaschutz und Umwelt: Preisaufschläge und Energiemanagementsysteme

9 Hohe Energie- und Rohstoffpreise lösen vereinzelt Verlagerungen aus

10 4. Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland: Was die Politik tun kann

10 Handlungsfeld Ausgaben, Steuern und Abgaben: Es muss etwas geschehen

11 Energiepolitik: Versorgung sichern, Netze ausbauen und Staatsanteil am Energiepreis senken

12 Arbeitsmarktpolitik: Nachbessern bei Lohnzusatzkosten, Arbeitszeitrecht, Befristungsregeln und Kündigungsschutz

13 Forschung und Innovation: Forschermangel beheben, Piraterie unterbinden

14 Kapitalmarkt und Förderprogramme: Zugang erleichtern, Regulierung mit Augenmaß

15 Impressum

Die in der vorliegenden Broschüre verwendeten Umfrageergebnisse beruhen auf den Angaben von 180 Industrieunternehmen aus Nordrhein-Westfalen. Die Umfrageergebnisse sind Teil einer bundesweit von den Industrie- und Handelskammern durchgeführten Fragebogenaktion zum Industriestandort Deutschland im Frühsommer 2011.

Das Wichtigste in Kürze

Die Industrieunternehmen in NRW würden eine noch stärker auf die Belange der Industrie hin ausgerichtete Politik der Bundesregierung begrüßen. Aktuell sieht eine knappe Mehrheit diese als unterstützend an. Standortstärken sind die Qualität der Fachkräfte, der Soziale Friede und die Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen sowie Dienstleistern vor Ort. Standortsschwächen sind die mangelnde Akzeptanz von industriellen Großvorhaben, die Steuern und Abgaben sowie die Energiekosten.

Die Industrieunternehmen konzentrieren sich auf die Mitarbeiterqualifikation, neue Absatzregionen, Energie- und Ressourceneffizienz und neue Beschaffungsregionen. Produktionsverlagerungen in das In- und Ausland stehen bei den meisten Industrieunternehmen derzeit zwar nicht mehr so stark im Fokus. Vereinzelt – insbesondere bei energieintensiven Unternehmen – lösen die hohen Energie- und Rohstoffpreise aber Produktionsverlagerungstendenzen aus.

Dem demografischen Wandel wollen die Unternehmen mit mehr Ausbildung, mit der Bindung von Mitarbeitern, Förderung der Gesundheit der Mitarbeiter und stärkerem Werben um Studierende begegnen. Ihre Produktpalette werden sie jedoch nicht speziell auf ältere Konsumenten ausrichten. Ausländische Fachkräfte wollen die meisten Unternehmen noch nicht anwerben.

Durch die höheren Rohstoffpreise an den Weltmärkten sehen sich viele Industrieunternehmen genötigt, Preisaufschläge vorzunehmen und verstärkt Energiemanagementsysteme einzuführen und zu optimieren.

Handlungsbedarf sehen die Unternehmen insbesondere auf dem Gebiet der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Höchste Priorität hat nach Auffassung der Industrieunternehmen die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Hohe Prioritäten ordnen die Unternehmen auch Erleichterungen bei den Unternehmenssteuern zu. An erster Stelle kommt der Wunsch, den sogenannten Mittelstandsbauch und die kalte Progression

in der Einkommensteuer zu entschärfen. Die Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer müssen dringend abgeschafft werden, damit die Gewerbesteuer eine reine Gewinnsteuer wird.

Für die Industrieunternehmen ist eine sichere Energieversorgung das wichtigste Thema in der Energiepolitik. Vor dem Hintergrund des beschlossenen Ausbaus der erneuerbaren Energien und des beschleunigten Ausstiegs aus traditionellen Energieerzeugungstechnologien verlangen die Unternehmen, die Energienetze rechtzeitig darauf auszulegen, entsprechend auszubauen und unbedingt die Speichertechnologien zu erforschen und darin zu investieren. Sehr wichtig ist es den Unternehmen auch, die staatlichen Zusatzlasten auf die Energiepreise zu senken.

In der Arbeitsmarktpolitik fordern die Industrieunternehmen geringere Lohnzusatzkosten, flexiblere Regelungen im Arbeitszeitrecht, bei Befristungsregeln und dem Kündigungsschutz.

Im Bereich Forschungs- und Innovationspolitik ist die dringlichste Forderung der Unternehmen, den Forscher- und Fachkräftemangel zu beheben. Auch drängen sie darauf, dass die Produktpiraterie durch internationale Abkommen oder Interventionen der Bundesregierung eingedämmt wird. Ein besserer Patentschutz steht bei den Unternehmen ebenfalls oben auf der Prioritätenliste.

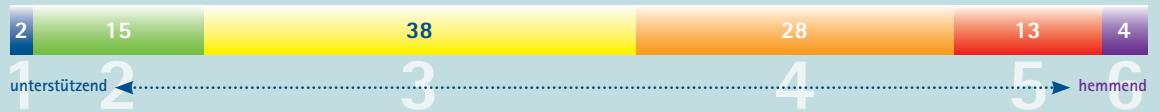
Bei Fördermitteln und im Bereich Kapitalmarkt ist es den befragten Industrieunternehmen wichtig, dass es einfacher wird, Fördermittel zu beantragen und zu erhalten. Eine große Sorge der Unternehmen richtet sich auf die Finanzmarktregulierung. Sie fürchten, dass die Kreditinstitute infolge einer höheren Unterlegung von Krediten mit Eigenkapital restriktiver entscheiden werden.

1

Das Gesamturteil

Politik der Bundesregierung soeben noch unterstützend für die Industrie

Beurteilung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung (Angaben in Prozent)



Die Politik der Bundesregierung wird im Jahr 2011 von den Industrieunternehmen aus NRW im Durchschnitt als eher unterstützend bewertet. Rund 45 Prozent der Industrieunternehmen beurteilen die Politik hingegen als eher hemmend bzw. hemmend. Gegenüber dem Umfrageergebnis aus dem Jahr 2008 zeichnet sich eine leichte Verbesserung ab.

2

Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit

des Industriestandorts Deutschland mit Licht und Schatten

Standortstärken: Qualität der Fachkräfte, Sozialer Frieden, Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Dienstleistern vor Ort

Standortstärke Nr. 1 ist die Qualität der Fachkräfte in Deutschland. Auf einer Skala von 1 (klarer Wettbewerbsvorteil) bis 6 (nicht wettbewerbsfähig) bewerten die Unternehmen diesen Faktor im Durchschnitt mit 2,2. In diesem Ergebnis zeigt sich, dass Deutschland bei der Ausbildung von Fachkräften auf dem richtigen Weg ist: Die Duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell. Auch die deutsche Ingenieurausbildung trägt zu dieser guten Bewertung bei.

Die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern wird als Wettbewerbsvorteil eingeschätzt. Die sozialen Leistungen tun das Ihre dazu, um einen Ausgleich in der Gesellschaft zu schaffen.

In Deutschland herrscht dadurch ein Sozialer Frieden vor, der in anderen Ländern so nicht immer zu finden ist. Dieser Standortfaktor wird von den befragten Unternehmen auf einer Skala von 1 (klarer Wettbewerbsvorteil) bis 6 (nicht wettbewerbsfähig) durchschnittlich mit 2,3 bewertet.

Dritter Faktor mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich ist die Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Dienstleistern vor Ort. In Deutschland hat sich ein effizientes Netzwerk von Fertigungs-, Zuliefer- und Dienstleistungsunternehmen herausgebildet. Das Netzwerk funktioniert im Vergleich mit anderen Ländern offenbar sehr gut. Dementsprechend erhält dieser Faktor eine durchschnittliche Bewertung von 2,3.

Standortschwächen: Akzeptanz von Großvorhaben, Steuern und Abgaben und Energiekosten

In den Bereichen Steuerrecht, Einstellung der Bevölkerung zu industriellen Großprojekten/Industrieanlagen/neuen Technologien, Steuern und Abgaben sowie Energiekosten ist der Standort Deutschland gegenüber Mitbewerberländern im Nachteil. Das Steuerrecht ist den Unternehmen nach wie vor zu komplex und nicht praxistauglich. Für die negative Einstellung von Teilen der Bevölkerung zu Großprojekten und neuen Technologien gibt es prominente Beispiele wie „Stuttgart 21“ oder das Kraftwerk in Datteln. Befragungen von Bürgern in Nordrhein-Westfalen haben ergeben, dass die Akzeptanz von Industrieanlagen sinkt, je näher die Bürger an der Anlage wohnen. Mit Blick auf die Steuern und Abgaben sind nicht zuletzt die jüngsten Erhöhungen der Gewerbesteuerhebesätze in vielen Kommunen ausschlaggebend. Zudem liegt der Anteil staatlicher Belastungen bei den Strompreisen bei über 40 Prozent. CO₂-Zertifikate, Stromsteuer, EEG-Umlage und Mehrwertsteuer sind die Kostentreiber.

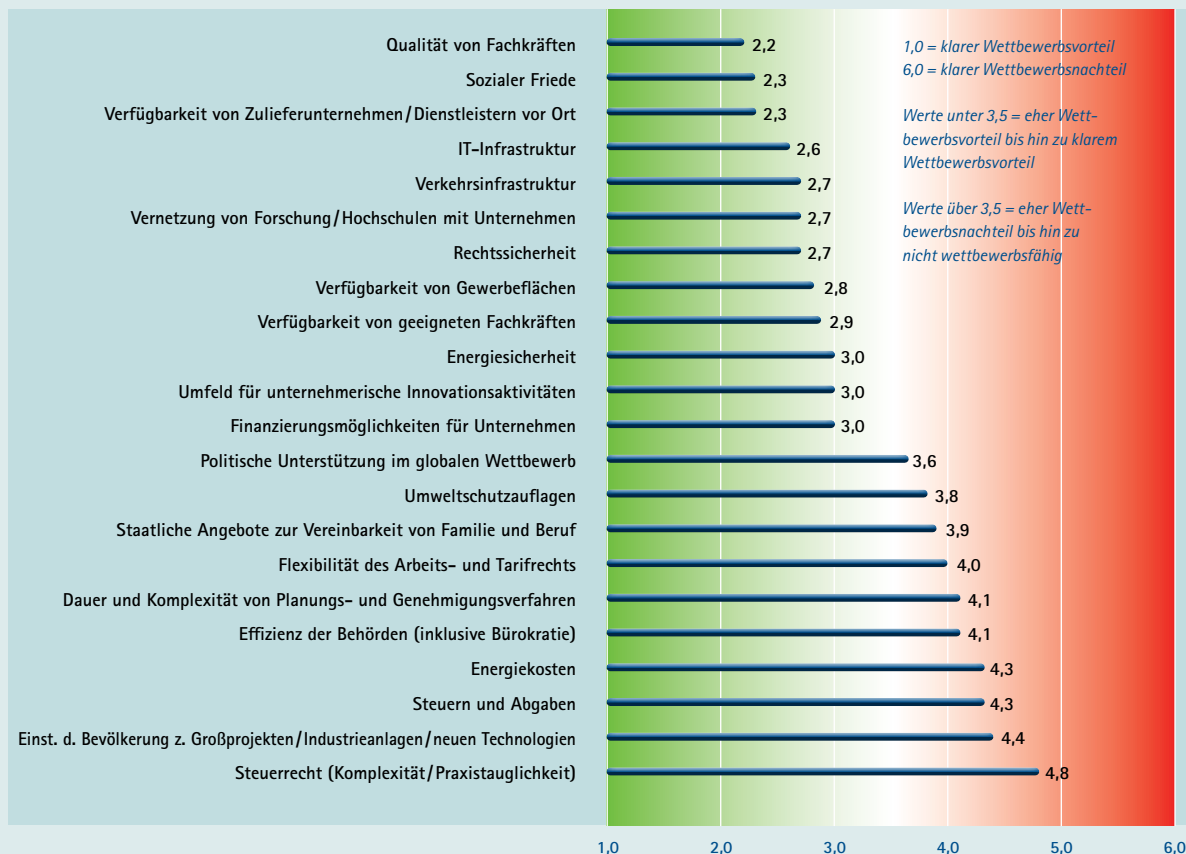
Standortvorteile: IT-Infrastruktur, Verkehrsinfrastruktur, Vernetzung Forschung/Hochschulen mit Unternehmen

Die IT-Infrastruktur erhält von den Unternehmen auf einer Skala von 1 (klarer Wettbewerbsvorteil) bis 6 (nicht wettbewerbsfähig) durchschnittlich noch eine 2,6 – es überwiegen die Wettbewerbsvorteile. Hier sind andere Länder aber offenbar weiter. Die Breitbandversorgung ist in vielen Landesteilen immer noch nicht gewährleistet. Der Zugang zu dem heute so wichtigen schnellen Internet ist nicht für alle Unternehmen gegeben.

Auch im internationalen Vergleich wird die Verkehrsinfrastruktur im Durchschnitt noch als vorteilhaft eingeschätzt. Mit Blick auf Staus und Anbindung von Regionen gibt es aber offenbar Länder, die diesbezüglich besser abschneiden als NRW. Deutschland hat somit seine Wettbewerbsfähigkeit noch nicht eingebüßt, muss aber hier nachlegen.

Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland im internationalen Vergleich

Durchschnittliche Einschätzung der Standortfaktoren



Die Vernetzung Forschung/Hochschulen mit Unternehmen wird durchschnittlich als eher vorteilhaft bewertet. Auch hier gilt, dass die Vernetzung in anderen Staaten noch besser funktioniert. So könnten sich Wissenschaft und Wirtschaft in Deutschland mit Blick auf Innovationen noch besser ergänzen. Dazu müssten die Wissenschaftler etwas marktorientierter denken und die Unternehmen mehr auf die Wissenschaftler zugehen.

Beim Thema Rechtssicherheit bewerten die Unternehmen den Standort Deutschland durchschnittlich eher als wettbewerbsfähig. Dieser Standortfaktor könnte im internationalen Vergleich jedoch besser sein. Hier wiegen die jüngsten Beispiele von im Nachhinein aufgehobenen Genehmigungen schwer – wie z. B. beim Kraftwerk in Datteln. Bei Planungsverfahren kann nicht selten kaum noch vorhergesagt werden, wie sie ausgehen. Zudem werden Gesetze geändert und verschlechtern die Investitionsbedingungen. Ein Beispiel in Nordrhein-Westfalen ist das Wasserentnahment-

geltgesetz, welches zunächst auslaufen sollte. Nunmehr wird es fortbestehen und die Entgelte erhöht.

Die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen wird im internationalen Vergleich als noch wettbewerbsfähig beurteilt. Heranrückende Wohnbebauung, restriktive Ausweisung von Flächen außerhalb der Städte sowie Auflagen machen es aber insbesondere für Industrieunternehmen zunehmend schwierig, geeignete Standorte zu finden. Die Diskussion um den vermeintlich zu hohen Flächenverbrauch tut ihres dazu.

Die Verfügbarkeit von Fachkräften ist in der durchschnittlichen Bewertung durch die Unternehmen als Vorteil im internationalen Vergleich zu beurteilen. Die demografische Entwicklung, Probleme im Bildungsbereich, aber auch die unterschiedliche regionale Bedeutung dieses Themas findet hier den Niederschlag. Deutschland wird künftig um die Fachkräfte kämpfen müssen, um ein wettbewerbsfähiger Industriestandort zu bleiben.

3

Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit

Was die Industrieunternehmen tun

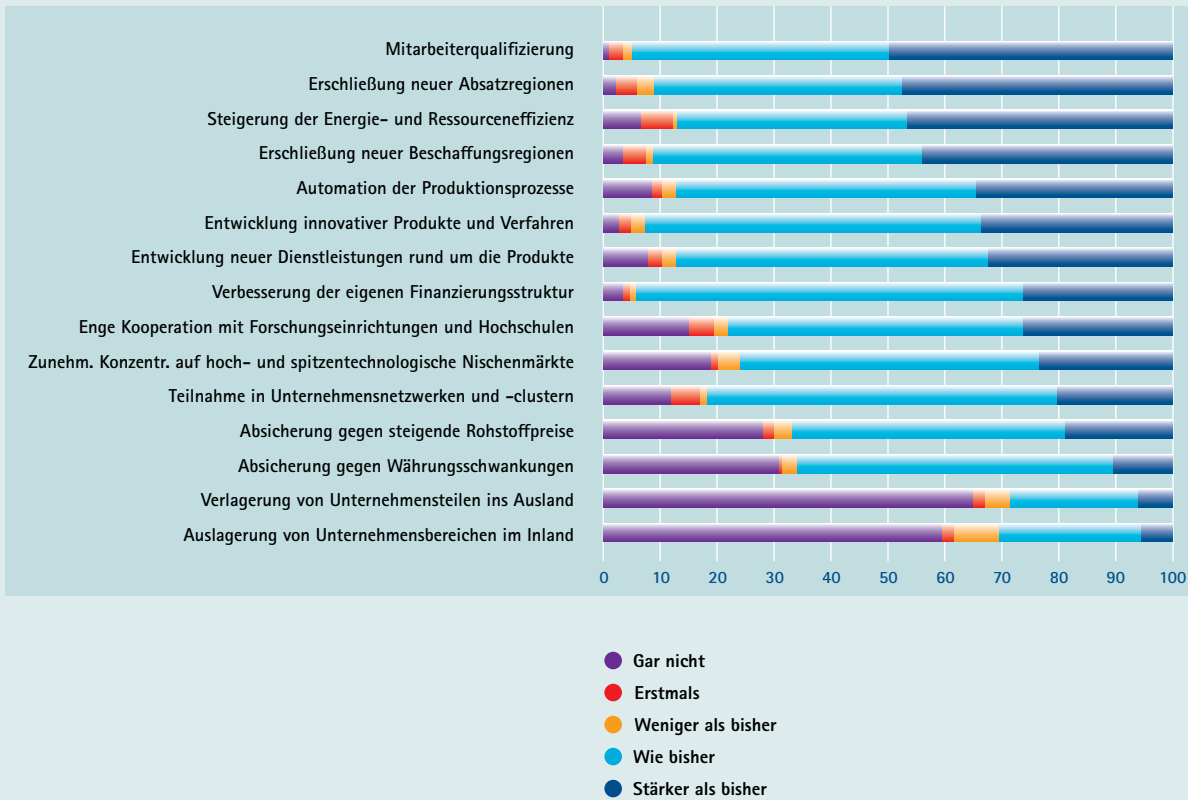
Industrieunternehmen konzentrieren sich auf Mitarbeiterqualifikation, neue Absatzregionen, Energie- und Ressourceneffizienz und neue Beschaffungsregionen

Über 50 Prozent der Unternehmen werden sich stärker als bisher bzw. erstmals, mehr als 40 Prozent der Unternehmen wie bisher bei der Mitarbeiterqualifikation engagieren, um dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Unternehmen wissen: Die hohe Produktivität, die starke Kundenorientierung und die hohen Qualitätsanforderungen können nur mit entsprechenden Qualifikationsmaßnahmen erhalten oder erhöht werden.

Der Erschließung neuer Absatzregionen werden sich insgesamt über 50 Prozent der Unternehmen stärker als bisher oder erstmals zuwenden. Diese Strategie schafft mehr Unabhängigkeit von traditionellen oder einheimischen Märkten. Auch kann das Unternehmen dann von den Wachstumschancen der neuen Absatzregionen profitieren.

Hohe Energie- und Rohstoffpreise, aber auch die gelegentlich eingeschränkte Verfügbarkeit dieser Ressourcen (z. B. seltene Erden), treiben die Unternehmen zu mehr Effizienz. Energie- und Ressourceneffizienz werden gesteigert um die künftige Preis- und Kostenwettbewerbsfähigkeit zu sichern. Über 50 Prozent der Unternehmen werden sich dabei stärker bzw. erstmals engagieren.

Maßnahmen von Unternehmen, um dauerhaft wettbewerbsfähig zu sein (Angaben in Prozent)



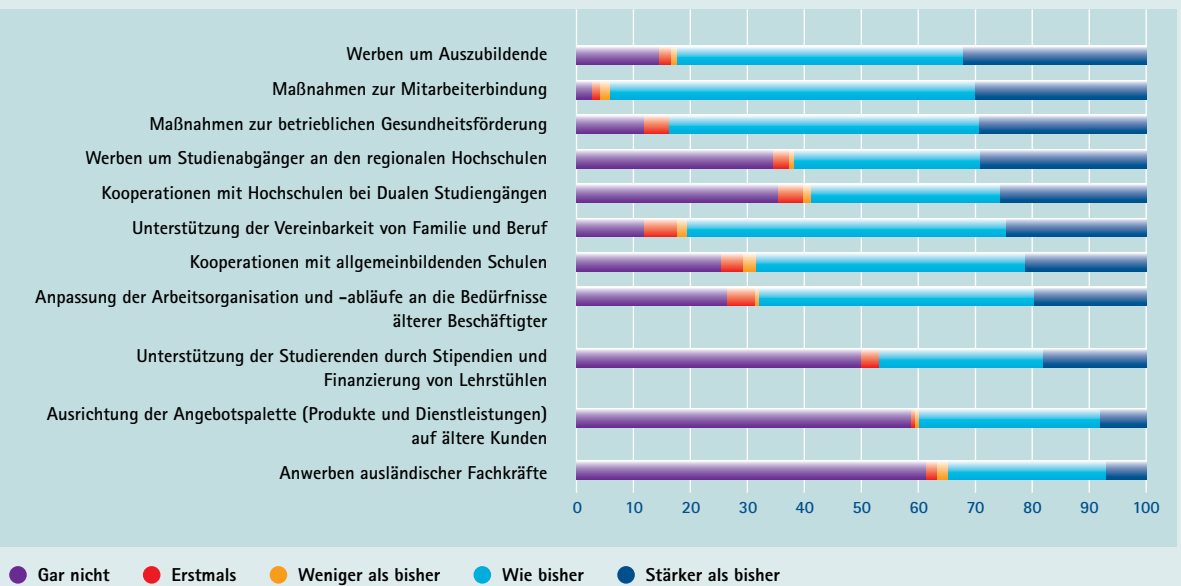
Folgerichtig versuchen die Unternehmen, sich nach neuen Beschaffungsregionen umzusehen. Immerhin beabsichtigt fast die Hälfte der Befragten dies stärker als bisher oder erstmals zu tun.

Tendenzen über Produktionsverlagerungen in das In- und Ausland steigend, allerdings stehen sie bei den meisten Industrieunternehmen derzeit nicht im Fokus

Eine Produktionsverlagerung in das Ausland ist bei rund zwei Dritteln der Industrieunternehmen aus NRW derzeit noch kein Thema, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Gut 20 Prozent der Befragten ergreifen solche Maßnahmen allerdings wie bisher. Außerdem werden sich knapp 10 Prozent im Ausland stärker als bisher bzw. erstmals engagieren.

Für 60 Prozent der Unternehmen kommt eine Verlagerung im Inland nicht in Frage. Rund ein Viertel geht mit dieser Strategie um wie bisher auch.

Maßnahmen von Unternehmen, um dem demografischen Wandel zu begegnen (Angaben in Prozent)



Demografischer Wandel: Mehr Ausbildung, Mitarbeiter binden, Gesundheit fördern und Studierende umwerben

In vielen Teilen von Nordrhein-Westfalen ist der demografische Wandel schon angekommen. Wenige jüngere Menschen stehen einer größeren Zahl älterer Bürger gegenüber. Vielfach zieht es die Jüngeren in die Ballungsgebiete und Städte. Aber auch dort gibt es nur noch wenig Zuwachs. Häufig gilt: Wer einmal die heimliche Region verlassen hat, um andernorts zu arbeiten oder zu studieren, ist für den heimischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verloren. Gerade in Regionen, die unter diesen Entwicklungen zu leiden haben gilt, dass die Unternehmen sich um Auszubildende und Fachkräfte bemühen.

Das zeigt das Ergebnis der vorliegenden Umfrage deutlich. Ein Drittel der befragten Unternehmen wird sich stärker als bisher dem Thema „Werben um Auszubildende“ widmen. Rund 50 Prozent planen, dass sie weiter wie bisher um Auszubildende werben werden. Drei von zehn Unternehmen werden versuchen, ihre Mitarbeiter stärker als bisher an ihr Unternehmen zu binden. Über die Hälfte der Unternehmen wird dabei vorgehen wie bisher auch. Fast 30 Prozent der Unternehmen werden die Gesundheit der Mitarbeiter im Betrieb fördern. Sie planen, länger auf gesunde, auch ältere Mitarbeiter, zurückgreifen zu können.

Keine Ausrichtung der Produktpalette auf Ältere und keine Anwerbung ausländischer Fachkräfte

Weniger als 10 Prozent der Unternehmen werden ihre Produktpalette wegen des demografischen Wandels stärker auf ältere Konsumenten ausrichten. Für drei von fünf Unternehmen spielt diese Strategie keine Rolle. Deutschlands Industrieunternehmen sind exportorientiert und beliefern wachsende Märkte mit eher junger Bevölkerungsstruktur.

Für sechs von zehn Unternehmen kommt ein Anwerben ausländischer Fachkräfte derzeit nicht in Frage. Nur wenige Industrieunternehmen werden sich bei diesem Thema stärker engagieren.

Energie, Klimaschutz und Umwelt: Preisaufschläge und Energiemanagementsysteme

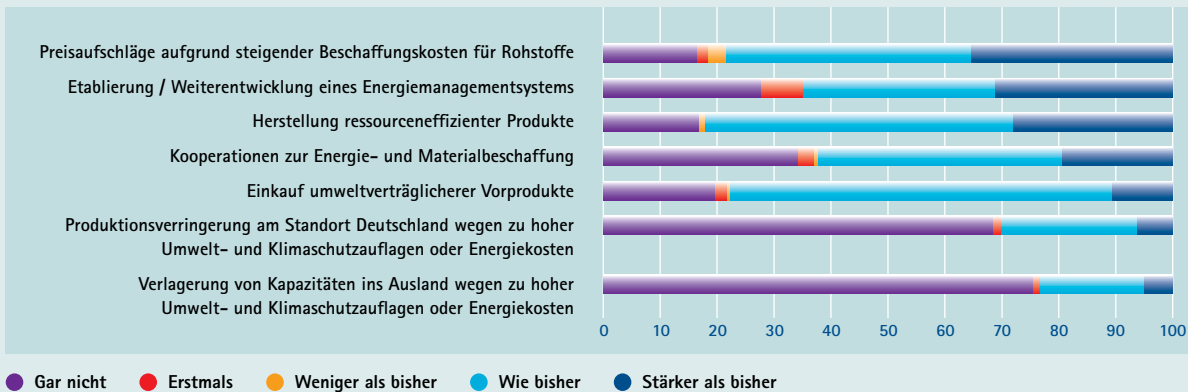
Die Industrieunternehmen werden die höheren Rohstoffpreise an den Weltmärkten weitergeben. Das zumindest plant ein Drittel der Industrieunternehmen stärker als bisher. Die Unternehmen können die höheren Beschaffungskosten für die Ressourcen nur noch teilweise durch Produktivitätsfortschritte und Substitution von Stoffen wettmachen.

Dennoch lassen die Unternehmen mit Blick auf die Etablierung und Weiterentwicklung von Energiemanagementsystemen nicht nach. Rund ein Drittel der Unternehmen werden sich vermehrt damit befassen.

Hohe Energie- und Rohstoffpreise lösen vereinzelt Verlagerungen aus

Die meisten Unternehmen ziehen eine Produktionsverringerung im Inland oder eine Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland nicht in Betracht. Dennoch geben die Umfrageergebnisse Anlass zur Sorge: Die energieintensive Industrie wird sich stärker als bisher im Ausland engagieren. Für manchen Industriezweig lohnt sich eine Produktion in Deutschland aufgrund der bereits erfolgten bzw. absehbaren Verschärfungen der energiepolitischen Rahmenbedingungen kaum noch (z. B. Aluminiumherstellung). Für ein Land, das Industriestandort sein will, wäre das ein wenig wünschenswertes Ergebnis. Innovationen, Wachstum und Beschäftigung auf diesem Gebiet finden dann andersorts statt – mit weniger Klimaschutz, weniger Umweltschutz und weniger Arbeitsschutz.

Maßnahmen von Unternehmen bei Energie-, Klimaschutz- und Umweltthemen, um dauerhaft wettbewerbsfähig zu sein (Angaben in Prozent)



4

Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland: Was die Politik tun kann

Handlungsfeld Ausgaben, Steuern und Abgaben: Es muss etwas geschehen

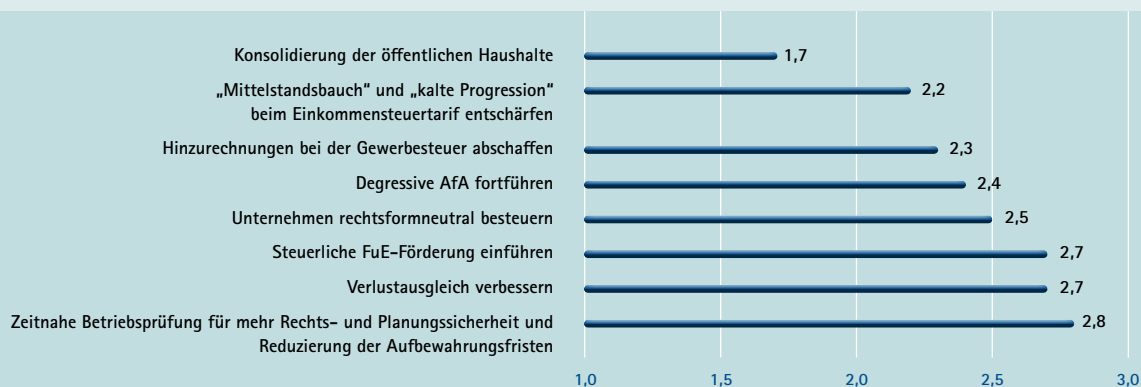
Höchste Priorität hat nach Auffassung der Industrieunternehmen die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Auf einer Skala von 1 (sehr hohe Priorität) bis 6 (sehr niedrige Priorität) ergibt sich für die befragten Unternehmen ein Durchschnittswert von 1,7. Die jüngsten Schwierigkeiten von Staaten, Bundesländern und Kommunen bereiten den Unternehmen größte Sorgen. Auf eine handlungsfähige öffentliche Hand und stabile Währungen sind auch die Industrieunternehmen in besonderem Maße angewiesen. Das Gebot der Stunde lautet: Ausgaben unbedingt kürzen.

Denn: Hohe Prioritäten ordnen die Unternehmen auch Erleichterungen bei den Unternehmenssteuern zu.* An erster Stelle kommt der Wunsch, den sogenannten Mittelstandsbauch und die kalte Progression in der Einkommensteuer zu entschärfen. Auch wenn der Anstieg der Grenzsteuersätze für mittlere Einkommen heute wesentlich geringer ausfällt als früher, wird dieser Anstieg noch immer als ungerecht empfunden.

Das trifft auch auf die Besteuerung von inflationsbedingten Lohn- oder Gewinnzunahmen zu. Der Ausgleich wird faktisch durch den Fiskus abgeschöpft, obwohl keine tatsächliche Leistungssteigerung stattgefunden hat.

Die Gewerbesteuer läuft zumindest in Teilen auf eine Substanzbesteuerung hinaus. Die Hinzurechnungen müssen dringend abgeschafft werden, damit die Gewerbesteuer eine reine Gewinnsteuer wird. Den Industrieunternehmen muss es wenigstens möglich sein, ihre Substanz erhalten zu können. Dann können die Investitionen auch am Standort Nordrhein-Westfalen stattfinden.

Durchschnittliche Einschätzung der Priorität von politischen Maßnahmen im Bereich Steuern und Abgaben

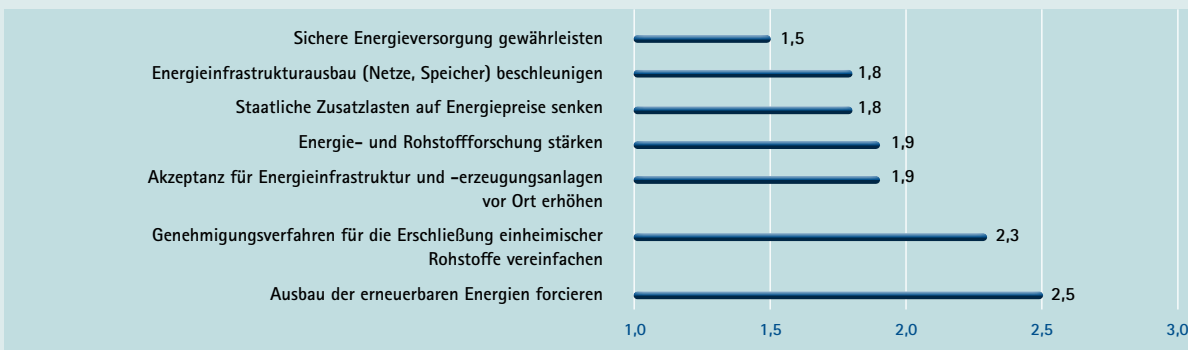


1,0 = sehr hohe Priorität
6,0 = sehr niedrige Priorität

Werte unter 3,5 = Maßnahme eher prioritär bis hin zu sehr hoher Priorität
Werte über 3,5 = Maßnahme eher nicht prioritär bis hin zu sehr niedriger Priorität

* Diese Forderung der Unternehmen steht nur in einem scheinbaren Widerspruch zur Forderung, die Haushalte zu sanieren. Planungen für öffentliche Haushalte sehen nicht selten vor, die Ausgaben weiter zu erhöhen bzw. nicht zu kürzen. Die entstehende Lücke wird – sofern eine höhere Neuverschuldung ausscheidet – durch Einnahmenerhöhungen geschlossen. Senkt man aber die Ausgaben entsprechend, bleibt auch der Spielraum für zumindest moderate Steuersenkungen.

Durchschnittliche Einschätzung der Priorität von politischen Maßnahmen im Bereich Energie



1,0 = sehr hohe Priorität
6,0 = sehr niedrige Priorität

Werte unter 3,5 = Maßnahme eher prioritär bis hin zu sehr hoher Priorität
Werte über 3,5 = Maßnahme eher nicht prioritär bis hin zu sehr niedriger Priorität

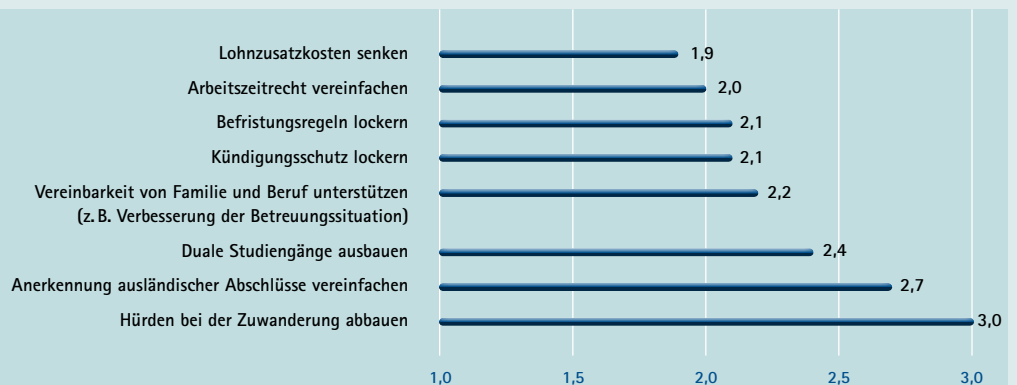
Energiepolitik: Versorgung sichern, Netze ausbauen und Staatsanteil am Energiepreis senken

Für die Industrieunternehmen ist die Sicherheit der Energieversorgung das wichtigste Thema in der Energiepolitik. Dieser Wunsch an die Politik hat durchschnittlich die höchste Priorität. Stromschwankungen und erst recht Stromausfälle kann die deutsche Industrie nicht tolerieren. Produktionsstopps und daraus folgende Kosten sowie Schäden an den Anlagen sind im Netzwerk Industrie in Deutschland nicht zu verkraften. Das muss bei der Energiewende unbedingt berücksichtigt werden.

Vor dem Hintergrund des erklärten Ausbaus der erneuerbaren Energien verlangen die Unternehmen, die Energienetze beschleunigt darauf auszuliegen, entsprechend auszubauen und unbedingt die Speichertechnologien zu erforschen und darin zu investieren.

Sehr wichtig ist es den Unternehmen auch, die staatlichen Zusatzlasten auf die Energiepreise zu senken. Stromsteuer, Einpreisung der CO₂-Zertifikate, Mehrwertsteuer und EEG-Umlage ergeben einen Gesamtanteil von 40 Prozent des Energiepreises – Tendenz steigend. Hier muss dringend eine Entlastung der industriellen Stromverbraucher geschaffen werden, um eine Annäherung an die ganz überwiegend niedrigere Kostenstruktur der ausländischen Mitbewerber zu erreichen.

Durchschnittliche Einschätzung der Priorität von politischen Maßnahmen im Bereich Arbeitsmarkt



1,0 = sehr hohe Priorität
6,0 = sehr niedrige Priorität

Werte unter 3,5 = Maßnahme eher prioritär bis hin zu sehr hoher Priorität
Werte über 3,5 = Maßnahme eher nicht prioritär bis hin zu sehr niedriger Priorität

Arbeitsmarktpolitik: Nachbessern bei Lohnzusatzkosten, Arbeitszeitrecht, Befristungsregeln und Kündigungsschutz

Nach wie vor ist der deutsche Arbeitsmarkt vergleichsweise stark reguliert. Auch sind die deutschen Arbeitskosten hoch. In den vergangenen Jahren haben Unternehmer und Arbeitnehmer mit viel Engagement die Produktivität (z. B. durch Prozessinnovationen) und die Flexibilität (z. B. durch Zeitarbeit) erhöht. Dadurch ist es gelungen, dass die deutschen Arbeitskosten im internationalen Vergleich wieder etwas wettbewerbsfähiger wurden.

Folgerichtig fordern die Unternehmen von der Politik, dass auch diese ihre Hausaufgaben macht und die Lohnzusatzkosten senkt (auf einer Skala von 1 (sehr hohe Priorität) bis 6 (sehr niedrige Priorität) ergibt sich bei den befragten Unternehmen für diese Forderung ein Durchschnittswert von 1,9). Abhilfe kann z. B. durch weitere Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen geschaffen werden. Wichtig ist und bleibt dabei, dass Steigerungen der Kosten in der Rentenversicherung, der gesetzlichen Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Pflegeversicherung und nicht zuletzt der Berufsgenossenschaften nicht mehr in dem Maße den Arbeitslohn erhöhen dürfen wie das früher der Fall war.

Mit Blick auf flexible Reaktionen im Falle von Auftragschwankungen wäre den Unternehmen mit einfacheren Regelungen des Arbeitszeitrechts geholfen (auf einer Skala von 1 (sehr hohe Priorität) bis 6 (sehr niedrige Priorität) ergibt sich bei den befragten Unternehmen mit Blick auf diese Forderung ein Durchschnittswert von 2,0). Dann können die Unternehmen in auftragschwachen Zeiten die Beschäftigung leichter aufrecht halten. Denn: Auch die Unternehmer behalten bewährte und zuverlässige Arbeitnehmer gerne bei sich, wenn sie es sich leisten können.

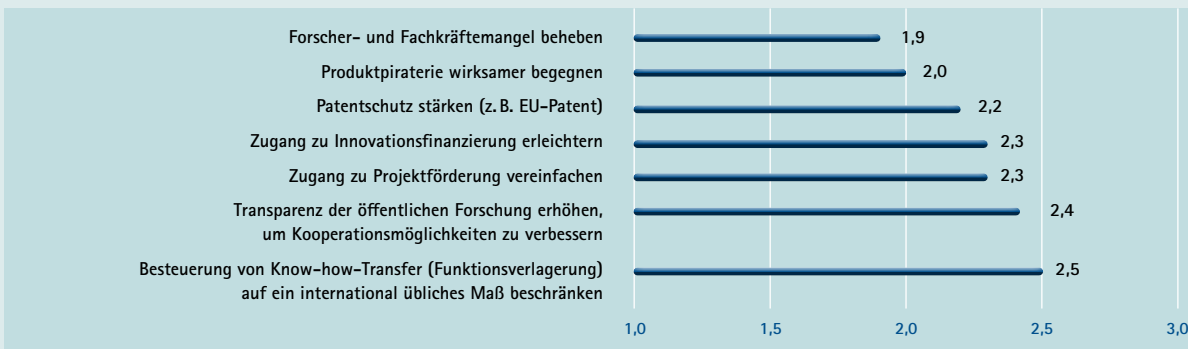
In auftragsstarken Zeiten wäre es von Vorteil, wenn die Unternehmen befristete Beschäftigungsverhältnisse über das bisherige Maß hinaus abschließen können. Eine unbefristete Beschäftigung kann infolge unvorhersehbarer konjunktureller Ereignisse zu risikoreich sein. Alternativ könnte der Gesetzgeber den Kündigungsschutz lockern, damit die Unternehmen die Beschäftigung flexibel anpassen können.

Forschung und Innovation: Forschermangel beheben, Piraterie unterbinden

Die dringlichste Forderung der Unternehmen ist, den Forscher- und Fachkräftemangel zu beheben. Die durchschnittliche Priorität liegt bei 1,9 und ist damit als hoch einzustufen. Insbesondere in den MINT-Bereichen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) fehlt es an ausgebildeten Ingenieuren und Wissenschaftlern. Andere Standorte (z. B. China) bilden hier bereits seit Jahren massiv aus. Der Erfolg deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten wird mit innovativen Industrieprodukten geschaffen. Die meist marktgetriebenen Neuerungen werden in den Unternehmen von Ingenieuren und Wissenschaftlern in die Tat umgesetzt. Wenn hier ein Engpass auftritt, ist die Wettbewerbsstärke deutscher Unternehmen gefährdet.

Mittlerweile werden Produkte deutscher Industrieunternehmen in großem Ausmaß kopiert. Die durch hohe Forschungs- und Innovationsaufwendungen gewonnenen Produktneuerungen und das darin enthaltene geistige Eigentum werden von Konkurrenten weltweit vielfach ohne jede Ausgleichszahlung adaptiert. Die Folge ist, dass die deutschen Industrieunternehmen auf ihre Innovationsrendite verzichten müssen. Deshalb drängen sie darauf (auf einer Skala von 1 (sehr hohe Priorität) bis 6 (sehr niedrige Priorität) ergibt sich bei den befragten Unternehmen für diese Forderung ein Durchschnittswert von 2,0), dass die Produktpiraterie durch internationale Abkommen oder Interventionen der Bundesregierung eingedämmt wird. Ein besserer Patentschutz steht bei den Unternehmen ebenfalls oben auf der Prioritätenliste. Zwar sind nicht alle Erfindungen patentierbar und der Schutz durch Patente ist insofern eingeschränkt, dass durch die Veröffentlichung zumindest einige Informationen über die Erfindung offengelegt werden. Jedoch bieten Patente in Europa und den USA tatsächlich einen wirksamen Schutz gegen Piraterie.

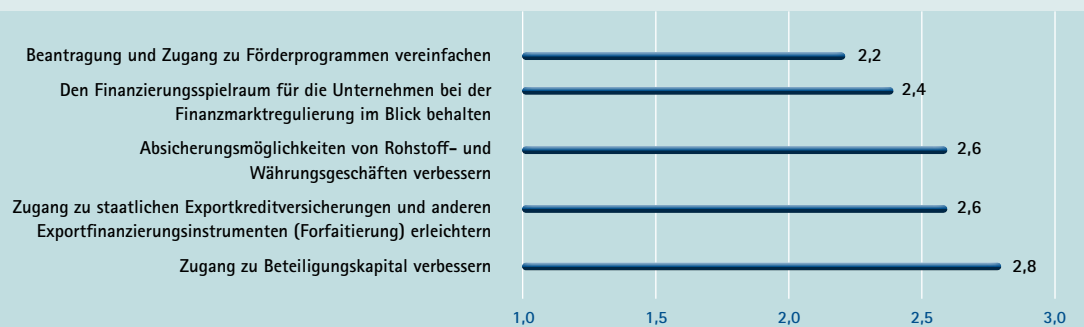
Durchschnittliche Einschätzung der Priorität von politischen Maßnahmen im Bereich Forschung und innovation



1,0 = sehr hohe Priorität
6,0 = sehr niedrige Priorität

Werte unter 3,5 = Maßnahme eher prioritär bis hin zu sehr hoher Priorität
Werte über 3,5 = Maßnahme eher nicht prioritär bis hin zu sehr niedriger Priorität

Durchschnittliche Einschätzung der Priorität von politischen Maßnahmen im Bereich Finanzierung



1,0 = sehr hohe Priorität
6,0 = sehr niedrige Priorität

Werte unter 3,5 = Maßnahme eher prioritär bis hin zu sehr hoher Priorität
Werte über 3,5 = Maßnahme eher nicht prioritär bis hin zu sehr niedriger Priorität

Kapitalmarkt und Förderprogramme: Zugang erleichtern, Regulierung mit Augenmaß

Besonders wichtig ist es den befragten Industrieunternehmen, dass es einfacher wird, Fördermittel zu beantragen und zu erhalten. Zwar gibt es eine Fülle von Programmen, doch ist es immer noch vergleichsweise schwer finanzielle Mittel zu erhalten. Die Schwierigkeiten liegen nach wie vor beim sogenannten „Hausbankprinzip“, langwierigen Entscheidungsfindungen und häufig sehr bürokratischen Anträgen. Für die Hausbanken stellt die Begutachtung der Anträge – sie müssen häufig für Teile der vergebenen Mittel haften – einen erheblichen Aufwand dar. Zwar erhalten sie dafür mittlerweile eine etwas höhere Marge, doch kippt das Verhältnis von Aufwand und Vergütung, wenn die Kreditsumme insbesondere bei kleinen Unternehmen gering ist.

Eine große Sorge der Unternehmen richtet sich auf die Finanzmarktregulierung. Sie fürchten, dass die Kreditinstitute infolge einer höheren Unterlegung von Krediten mit Eigenkapital restriktiver entscheiden werden. Deshalb wünschen sich die Unternehmen, dass diese Gefahr bei der Regulierung in Betracht gezogen wird.

	IMPRESSUM	
IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e.V. Marienstraße 8 40212 Düsseldorf Telefon: 0211 36702-0 Fax: 0211 36702-21 E-Mail: info@ihk-nrw.de Internet: www.ihk-nrw.de	Herausgeber	
Dr. Stephan Wimmers, Klaus Zimmermann	Redaktion	
360° Design, Ulrike Wiest, Krefeld	Gestaltung	
November 2011	Stand	



IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen

HERAUSGEBER:

IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e.V.
Marienstraße 8 · 40212 Düsseldorf
Postfach 24 01 20 · 40090 Düsseldorf

www.ihk-nrw.de